



Kriens, 14.02.2008

Herr
Einwohnerratspräsident
Joe Brunner
Eichenspesstrasse 12
6010 Kriens

Motion

Arbeit vor Sozialhilfe

Die Gemeinde Kriens gibt dieses Jahr 11.4 Mio. Franken für die gesetzliche Sozialhilfe aus. Davon finanziert sie 6.2 Mio. Franken aus eigenen Mitteln, 5.2 Mio. Franken zahlt der Kanton. Die Ausgaben steigen trotz guter Wirtschaftskonjunktur ungebremsst. Die FDP anerkennt den gesetzlichen Anspruch auf Sozialhilfe. Der Gemeinderat und der Einwohnerrat haben mit der Überweisung der Motion „Arbeit statt Sozialhilfe“ als Postulat an der Einwohnerratssitzung vom 20. Dezember 2007 den Willen gezeigt, bei der Integration ausgesteuerter Personen aktiver zu werden. Dies reicht aus unserer Sicht noch nicht. Um spürbare Erfolge zu erzielen braucht es ein Massnahmenpaket, das zum Beispiel folgende Aktivitäten enthält:

1. Reintegration von ausgesteuerten Personen mit aktiver Akquisition von Einsatzplätzen (auch Teillohnjobs) und mit Ausnützung der Netzwerke der Wirtschaft.
2. Sozialhilfe mit Gegenleistung: Arbeitsfähige Personen sollen eine Gegenleistung im Dienste der Allgemeinheit erbringen (z. B. Unterhalt von öffentlichen Plätzen, Betreuung).
3. Einsatz von Detektiven bei Verdacht auf Betrug (z. B. bei Schwarzarbeit).
4. Arbeit muss sich lohnen (Tagesstruktur, Integration, finanziell).

Die Stadt Winterthur zum Beispiel hat Erfolg mit ihrem Projekt „Passage“, das nach dem Motto Arbeit vor Sozialhilfe funktioniert. Wer Sozialhilfe beantragen will und arbeitsfähig ist, muss erst einen Monat arbeiten – dafür bezahlt die Stadt einen bescheidenen, aber existenzsichernden Lohn. Erst nach diesem obligatorischen Arbeitseinsatz gibt es „richtige“ Sozialhilfe. Ziel des Arbeitsmonats ist, jene Personen von der Sozialhilfe fernzuhalten, die auch selbständig eine Lösung finden können oder womöglich versteckt eine Erwerbstätigkeit ausüben. Im Jahr 2005 erschien ein Viertel der Personen, die einen solchen Arbeitsmonat absolvieren sollten, nicht zum Einsatz und verzichtete so freiwillig auf Sozialhilfe. Sogar nur die Hälfte aller Personen, denen ein Arbeitseinsatz angeboten wurde, bezog später tatsächlich Sozialhilfe.

Wir beantragen dem Gemeinderat, einen Massnahmenplan zu erarbeiten für mehr berufliche Integration, mehr Anreize und weniger Missbrauch in der gesetzlichen Sozialhilfe. Der Massnahmenplan mit Vorschlägen der Umsetzung ist dem Einwohnerrat mit Bericht und Antrag zu unterbreiten.

J. Suter, U. Brunner, J. Brunner, S. Suter, S. Suter